

ur B. Böcker
chtsanwalt u. Notar
nster (Westf.)
elcherstraße 54

Münster/Westf., den 24.11.1948
Tel. 6638

7

Eingegangen 24.XI.1948.

Strafkammer des Landgerichts.

gez: Unterschrift, ap. Just. Ass.

ie Strafkammer

nster/Westf.

der Strafsache

gen Baumgarten

Ks 3/48

rd zur Begründung der Revision namens und im Auftrage des Be-
schuldigten folgendes vorgetragen:
wird Verletzung materiellen Rechts gerügt.

weit der Beschuldigte wegen Vorstoßes gegen das Kontrollrats-
gesetz Nr. 10 Art. II Ziff. 1 c bestraft ist, dürfte nicht hin-
reichend festgestellt sein, dass seine "Teilnahme" eine Aus-
führungshandlung dieses Verbrechens darstellt. Wie die Fest-
stellungen des angefochtenen Urteils ergeben, hat der Beschul-
digte sich selbst nicht an irgendwelchen Tätlichkeiten gegen
Juden oder Personen beteiligt. Er hat vielmehr lediglich auf-
gefordert einige SA-Leute zur Synagoge geführt, wo bereits andere
unabhängig von ihm die Zerstörung und Inbrandsetzung in
die Wege geleitet hatten und ausführten. Auch in der Wohnung des
Rabbiners und der jüdischen Schule waren bei der Ankunft des
Beschuldigten die Zerstörungen bereits von anderen vorgenommen
worden und der Beschuldigte hat, wie das Urteil eindeutig fest-
stellt, als er sah, was geschehen war, sich lediglich dafür ein-
gesetzt, dass weiteres Unheil und sonstige Auswirkungen der Aktion
vermieden wurden, indem er selbst insbesondere den Juden Feibes
aus dem Kanonengraben zog und dafür sorgte, dass er betreut wurde.
Es dürfte deshalb seinerseits eine Verfolgungshandlung im Sinne
des Art. II Ziff. 1 c nicht vorliegen, denn er mag sich zwar auf-
grund des an ihn ergangenen Befehls an diesen Handlungen zunächst
beteiligt haben wollen, zur Ausübung dieser Beteiligung aber nach
den Feststellungen des angefochtenen Urteils nicht gekommen. Es

Justizsekretär als Kanzl.-Vorst.

Dr. B. Böcker
Notar (Westf.)
Hochschule 24

dürften deshalb die Voraussetzungen zur Verurteilung des
schuldigten wegen eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit
nicht gegeben sein.

Soweit der Beschuldigte wegen schweren Landfriedensbruchs
und schweren Hausfriedensbruchs verurteilt ist, hätte im ge
angefochtenen Urteil geprüft werden müssen, ob nicht auf die
grund der Tatsache, dass er auf Befehl seines Vorgesetzten au
gehandelt hat, nach deutschem Recht Voraussetzungen für so
den Ausschluss der Verantwortlichkeit vorlagen. Dies umso
mehr, weil der Beschuldigte durch seine Haltung gegenüber
dem Juden Feibes gezeigt hatte, dass er sich zumindest in
einer Pflichtenkollision befand und gewillt war, Schlimme
zu verhüten, als er die Auswirkungen der Aktion erkannte.
Die Bestimmung des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 Art. II Zi we
4 b bestimmt zwar, dass das Handeln auf Befehl zwar nur al
Strafmilderungsgrund berücksichtigt werden soll. Dies kan
aber nur insoweit gelten, als eine Verurteilung aufgrund
Kontrollratsgesetzes Nr. 10 möglich ist. Insoweit aber ei
Verurteilung nach dem deutschen Strafgesetzbuch erfolgt,
dürften auch die hierüber im Rahmen des § 54 St.G.B. gelt
Grundsätze zu berücksichtigen sein. Es wird deshalb bean
das angefochtene Urteil aufzuheben und die Sache z
anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an die
instanz zurückzuverweisen.

Dr. Bernhard Böcker
(Dr. Bernhard Böcker)
Rechtsanwalt und Notar.

Für die Richtigkeit der Abschrift:



Luhring
(Luhring)

Justizsekretär als Kanzl.-Vorst.